

"Wir haben unsere Lektion gelernt"

Trotz der Probleme am Gasmarkt wird in Deutschland niemand frieren müssen, verspricht die Präsidentin des **Energieversorgerverbands** BDEW, Marie-Luise Wolff. Die Preise werden dennoch hoch bleiben.

Die Lösung sieht sie in einem schnelleren Ausbau von erneuerbaren **Energien**.
Interview **Bernhard Pötter** und **Malte Kreutzfeldt**taz: **Frau Wolff, ist die Gas- und Stromrechnung bei Ihnen in den letzten Wochen auch so gestiegen wie bei anderen Leuten?** Marie-Luise Wolff: Nein.

Aber Sie sind als Vorstandsvorsitzende eines **Energiekonzerns natürlich auch nicht bei einem Billiganbieter, der pleitegeht und Sie an einen teuren Versorger weiterreicht.**

Nein. Das ist der entscheidende Unterschied. Für Bestandskunden beschafft die **Energiewirtschaft** über zwei bis drei Jahre im Voraus die Menge an Strom, die sie verbrauchen. Das schützt sie vor diesen riesigen Preisspitzen. Die Billiganbieter dagegen warten auf niedrige Preise. Wenn die dann nicht kommen, versuchen einige, Kunden einfach abzuwerfen. Das ist natürlich ein unseriöses Marktverhalten, das nicht gerade von Verantwortung geprägt ist.

Wie stark ist denn generell der Preisanstieg beim Strom?

Laut unserer aktuellen Strompreisanalyse ist der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde zwischen Januar 2021 und Januar 2022 von 32,2 Cent auf 36,2 Cent gestiegen. Für den Durchschnittshaushalt sind das etwa 140 Euro mehr im Jahr. Es gibt derzeit im nationalen und internationalen **Energiemarkt** ungekannte Preissprünge, vor allem, weil die Wirtschaft nach dem Corona-Abschwung wieder in Fahrt kommt. In Deutschland können wir beim Strom darauf gut reagieren, indem wir die EEG-Umlage streichen, vielleicht geht das ja schon früher als zum Januar 2023. Das sind 3,7 Cent pro Kilowattstunde, also etwa so viel wie der Anstieg im letzten Jahr.

Beim Gas ist es komplizierter. Da können wir eigentlich nicht viel machen als auf einen warmen Februar zu hoffen, oder?

Das Prinzip Hoffnung sollte uns nicht leiten. Wir müssen Vorsorge treffen. Beim Gas ist die Situation strukturell viel schwieriger, das schlägt sich auch in den Preisen stärker nieder. Wir sehen schon jetzt an den Börsen, dass Gas im Sommer 2022 so teuer sein wird wie im Winter 2023, das ist sehr ungewöhnlich. Und kann dazu führen, dass wieder im Herbst die Speicher nicht so gefüllt werden wie es nötig wäre. Dann würden wir in im nächsten Winter in einen ähnlichen Engpass laufen wie jetzt. Deswegen ist es richtig, weitere Instrumente zu prüfen wie zum Beispiel eine Gasreserve, was die Bundesregierung jetzt auch tut.

Ist die Angst real, dass wir in diesem Winter in Deutschland nicht genug Gas zum Heizen und für die Industrie haben?

Es gibt aktuell keinen Grund zur Panik. Wir sind bei einem Speicherstand von 40 Prozent. Das reicht für diesen Winter, niemand wird frieren. Und die Haushaltskunden sind besonders geschützt.

In der Ukrainekrise zeigt sich, wie abhängig Deutschland vom russischen Gas ist, das mehr als die Hälfte unserer Importe ausmacht. Die Unternehmen sagen aber, bisher hat Russland sich immer an die Lieferverträge gehalten. Stimmt das noch?

Das ist die Erfahrung, die unsere Gasunternehmen machen. Es gibt die Liefertreue der letzten Jahrzehnte. Allerdings muss man auch sagen: Anders als bisher üblich kommt nicht mehr Gas, wenn wir es brauchen. Aber die langfristigen Verträge werden bisher erfüllt.

Auch wenn es Krieg geben sollte?

Minister Habeck hat gesagt, in einer Kriegssituation stehen wir vor einer ganz neuen Herausforderung. Aber davon gehe ich jetzt erst mal nicht aus.

Was wird aus Nord Stream 2? Allein aus marktwirtschaftlicher Sicht: Die Pipeline muss sich rentieren, aber bis 2045 wollen wir klimaneutral sein, dann wollen wir kein Gas mehr verbrennen. Ist das nicht von Anfang an eine Investition, die sich nicht amortisieren kann?

Man muss auch die Zeithorizonte bedenken. 2015 haben die Investoren ihre Entscheidung für Nord Stream 2 gefällt, da gab

es noch keine Ziele für Klimaneutralität, erst recht nicht für 2045. Das war eine völlig andere Situation. Im Rückblick ist immer alles ganz einfach.

Wie lange käme Deutschland heutzutage ohne russisches Gas aus?

Sicher würden wir ohne neues russisches Gas über den Winter kommen. Wir können auf Engpässe auch reagieren: Manche Industrien können von Gas auf Strom umstellen, wir bekommen mehr Gas aus Norwegen und zusätzlich aus den USA. Natürlich hilft es, wenn es nicht so kalt wird. Aber das ist keine Situation, vor der man Angst haben muss.

Sind denn hohe Energiepreise eigentlich schlecht? Ihre Versorger verdienen gut und der Druck zum Energiesparen wächst.

Der Strompreis ist wichtig, um zu zeigen, dass Strom ein wertvolles Gut ist. Das bildet sich ja auch durch die höheren CO₂-Preise im Strom ab. Schwierig ist die soziale Komponente: Extreme Sprünge belasten viele Menschen sehr, das müssen wir vermeiden. Aber wie teuer der Strom wird, hängt auch davon ab, wie schnell wir beim Ausbau der Erneuerbaren vorankommen.

Bis vor ein paar Jahren hieß es, der Ausbau der Erneuerbaren treibt den Strompreis über die EEG-Umlage nach oben. Jetzt gilt das Gegenteil?

Erst einmal senkt der Ausbau der Erneuerbaren den Strompreis, weil sie ja niedrige Betriebskosten haben. Wir müssen aber darauf achten, dass der Zubau so groß ist wie die Lücke, die durch Kohle- und Atomausstieg entsteht. Sonst gibt es Knappheiten und der Preis steigt wieder an.

Aber die EEG-Umlage ist in der Vergangenheit deutlich gestiegen.

Richtig, aber wenn sie - wie jetzt geplant - nicht mehr die Kunden zahlen, sondern der Staat aus dem allgemeinen Haushalt, ist das gerechter und eine Entlastung gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen und für mittelständische Unternehmen.

Wer garantiert denn, dass die Unternehmen diese Senkung an die Kunden weitergeben?

Es gibt einen riesigen Wettbewerb auf dem Markt. Und, das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung in meinem Unternehmen sagen: Wenn Sie sich als Höchster einordnen, verlieren Sie Kunden.

Wenn die 3,7 Cent EEG-Umlage pro Kilowattstunde wegfallen, sinkt mein Strompreis um 3,7 Cent?

Das hängt davon ab, wie sehr bis dahin der Preis mit Blick auf die Beschaffungskosten noch steigt. Wenn auch 2022 ein Hochpreisjahr wird, wird es schwieriger.

Wenn wir jetzt über Versorgungssicherheit reden, reden wir über fossiles Gas. Aber wie sichern wir die Versorgung mit Erneuerbaren, was ja erklärtes Ziel ist?

Das Zutrauen ist gestiegen, dass man bis 2030 mit Erneuerbaren 80 Prozent Versorgung beim Strom schafft. Die meisten Studien gehen davon aus, dass wir 2030 eine installierte regelbare Kraftwerksleistung von etwa 60 bis 75 Gigawatt brauchen, die ganz überwiegend mit Gas betrieben werden. Diese Gaskraftwerkskapazitäten kann man später auf den Betrieb mit Wasserstoff umstellen. Die Energiewirtschaft steht geschlossen zu Klimaschutz und Energiewende. Das war vor fünf oder zehn Jahren noch anders.

Aber gerade die Energieversorger haben in den letzten Jahren beim Ausbau der Erneuerbaren und dem früheren Kohleausstieg gern gebremst. Hat Ihre Branche das zeitlich falsch eingeschätzt?

Wir haben unsere Lektion gelernt. Denn bei einem solchen Umbruch muss man lernen, was es heißt, neu und anders zu investieren, zu bauen, sich an niedrige Renditen zu gewöhnen, auch an die anderen Zyklen: Denn Sie investieren am Anfang viel und es dauert sehr lange, bis der Ertrag kommt. Um das zu lernen, braucht man auch Zeit, Innovation und Personal, das sich auskennt. Das sind ja riesige Bauprojekte und sehr hohe Risiken. Mein Unternehmen Entega ist ja auch an einem großen Offshore-Windpark beteiligt. Der kostet fast so viel wie ein Kernkraftwerk.

Warum soll der Ausbau der Erneuerbaren unter dieser Regierung besser funktionieren als unter der letzten?

Diese Bundesregierung ist beim Thema Erneuerbare viel einiger als die letzte Regierung. Die internen Widerstände waren zuletzt ein enormer Hemmschuh.

Es gibt aber auch viel Widerstand bei der Bevölkerung.

Erst mal muss man sehen: Es sind ja oft nicht "die Leute" gegen den Ausbau, sondern in vielen Fällen wenige Leute, die lokal sehr viel Widerstand organisieren. Es muss eine Kombination aus Anreizen, aus Regeln und aus organisatorischen Bedingungen sein. Wir müssen auf jeden Fall aufhören, jahrelang über einen Vogel zu diskutieren. Es geht um den Schutz der Art, der gewährleistet sein muss, dazu stehen auch wir. Der Natur- und Artenschutz ist allerdings von vielen Gegnern missbraucht worden. Dann müssen Ämter und Gerichte personell und organisatorisch besser ausgestattet werden, teilweise

merken wir das schon. Die finanzielle Beteiligung für die betroffenen Kommunen wird verbessert. Wichtig sind auch neue Regeln: Kann jede Kommune bestimmen, ob ein Windrad gebaut wird, oder wird das auf höherer Ebene geklärt? Wie erreichen wir die 2 Prozent Fläche für den Wind wirklich?

Denken Sie manchmal bei der Größe der Aufgabe: Das schaffen wir nicht?

Eigentlich nie. Die Herausforderung ist riesig. Aber ich denke, dass wir das als Land schaffen. Ein bisschen Hochachtung habe ich allerdings, wenn ich durch eine Stadt wie Berlin fahre und denke: Jedes Haus muss angepackt und saniert werden. Nicht unmöglich, aber extrem aufwändig.

Kabinett beschließt Heizkostenzuschuss

Steigende Preise für Öl und Gas

Wegen der stark steigenden **Energiekosten** beschloss das Ampel-Kabinett am Mittwoch einen Heizkostenzuschuss. Besonders Haushalte mit geringem Einkommen sowie Studierende und Azubis sollen unterstützt werden. Antragsberechtigt sind Wohngeldbezieher, Studenten mit Bafög sowie Bezieher von Aufstiegs-BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe. Laut dem Bauministerium betrifft das etwa 2,1 Millionen Menschen.

135 Euro für Singles, 115 Euro für Studenten

Menschen, die Wohngeld beziehen und alleine leben, sollen einmalig 135 Euro bekommen. Zwei-Personen-Haushalte 175 Euro. Für jeden weiteren Mitbewohner gibt es noch einmal 35 Euro. Studenten, Auszubildende und andere Berechtigte erhalten pauschal 115 Euro. Das Gesetz muss noch vom Bundestag verabschiedet werden. Am 1. Juni soll es in Kraft treten. *(taz)*

Marie-Luise Wolff, 63, ist Vorstandsvorsitzende des **Energieversorgungsunternehmens** Entega AG und Präsidentin des Bundesverbands der **Energie-** und Wasserwirtschaft. Sie lebt in Köln und Darmstadt.



Stauffenberg/imago



Teure Pfoten: In diesem Winter sind besonders die Heizkosten gestiegen. Vielen Haushalten droht eine hohe Nachzahlung Westend61/imago

Bernhard Pötter

Malte Kreutzfeldt

Quelle: taz.die tageszeitung vom 03.02.2022, Seite 3

Dokumentnummer: T20220302.5829681

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_e6c422c7dc6fdf54d20dbf35dcac3c663b590a6e

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH